

# Infobrief Frieden, Sept. 2014 Nr. 2

## Aus epd Nr. 38 und epd Nr. 39

### Inhaltsverzeichnis:

- EKD dringt auf mehr UN-Engagement im Nordirak
- Nordirak Woelki für Waffenlieferungen als »Ultima Ratio«
- Evangelische Kirche uneins über Waffenlieferungen in den Irak
- Käßmann: Land ohne Armee ist eine Utopie
- Pfarrer kritisieren Gaucks Plädoyer für Militäreinsätze
- Sigurd Rink erster hauptamtlicher Militärbischof Glückwünsche von Verteidigungsministerin von der Leyen.
- Theologin: IS-Terroristen zwischen Heilserwartung und Hass
- Hochschulen: Friedensforscher warnen vor Opfer- Täter-Schema in Konflikten
- Kunst gegen den Krieg Duisburger Lehmbruck Museum zeigt Antikriegsplastiken
- Christen und Muslime verlangen Eingreifen im Nordirak Mehr Friedensengagement in Krisengebieten angemahnt
- Friedensbeauftragte Brahms: Vermehrt Anfragen zur Kriegsdienstverweigerung
- Muslime setzen Zeichen gegen Gewalt und Unrecht Integrationsminister Schneider: Religion darf nicht instrumentalisiert werden
- Deutscher Juristentag lehnt »Paralleljustiz« ab
- Bildungs- und Begegnungswerk Dortmund: Begegnungsstätte in Minsk feiert 20-jähriges Bestehen
- Landgericht Koblenz: Aufruf zur Blockade von Atomwaffenlager keine Straftat
- Ministerin Löhrmann: Demokratie und Frieden nicht selbstverständlich
- Nahost: Friedenspolitische Podiumsdiskussion in Münster
- Flut, Schwemme, Dambruch - Wie Medien über Flüchtlinge berichten (Beispiel zum Thema: ‚konfliktsensitiver Journalismus‘)
- Den Frieden lernen - Kirchliches Ausbildungszentrum für frühere Kindersoldaten im Kongo
- Hinweis: Thema „Waffen“ in der Zeitschrift „fluter“ <http://www.fluter.de/de/138/thema/>

## EKD dringt auf mehr UN-Engagement im Nordirak

**Hannover** (epd). Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) dringt angesichts des Konflikts im Nordirak auf ein stärkeres Engagement der internationalen Staatengemeinschaft. »Die Bundesregierung

sollte ihren Einfluss geltend machen, um die Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung mit einem Mandat der Vereinten Nationen auszustatten«, sagte der EKD-Ratsvorsitzende Nikolaus Schneider am 12. September in Hannover. Das gelte insbesondere für die Schaffung eines gesicherten Raumes in der Region für Hunderttausende Flüchtlinge. Nach einem Besuch in Nordsirak verwies der bayerische Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm auf die Dramatik der Situation. In den kommenden Wochen werde sich die humanitäre Katastrophe weiter zuspitzen. Die Flüchtlinge bräuchten Hilfe.

»Die Staatengemeinschaft muss sich der Aufgabe stellen, wie ein im internationalen Konsens mandatierter militärischer und ziviler Aktionsplan zum Schutz der Zivilbevölkerung auszugestalten ist«, sagte Bedford-Strohm, der auch dem Rat der EKD angehört. Die EKD fordert eine politische Verständigung über ein Aufnahmekontingent »für besonders verwundbare Flüchtlinge« in Deutschland. »Christen sind massiv von Terror und Verfolgung bedroht. Das schmerzt uns angesichts der langen christlichen Tradition in dieser Region umso mehr«, sagte Ratsvorsitzender Schneider. Unter der Gewalt der Terrorgruppe »Islamischer Staat« litten unterschiedslos Muslime, Jesiden und Christen. »Wir fühlen uns mit den leidenden Menschen zutiefst verbunden und setzen uns dafür ein, ihre Not zu lindern«, ergänzte Schneider. Nach Angaben der EKD baut die Diakonie Katastrophenhilfe mit lokalen Partnerorganisationen ein Versorgungsnetz für 8.400 syrische und 10.000 irakische Flüchtlingsfamilien auf. Dabei handele es sich unter anderem um Vertriebene aus den schwer umkämpften Gebieten bei Erbil und Mosul.

## Nordsirak

### Woelki für Waffenlieferungen als »Ultima Ratio«

**Köln** (epd). Kardinal Rainer Maria Woelki befürwortet die deutschen Waffenlieferungen in den Irak. »Aber wir tragen eine Verantwortung, in wessen Hand diese Waffen hineingeraten«, sagte der neue Kölner Erzbischof am Sonntag im WDR-Radio. Waffenlieferungen könnten nur »die Ultima Ratio«, also das letzte geeignete Mittel, sein. »Und es muss alles getan und gewährleistet werden, dass das begrenzt ist, dass das möglichst schnell zu Ende geführt wird und dann am besten diese ganzen Waffen auch wieder dort herauskommen.« Waffen könnten keine Konflikte lösen, betonte Woelki, der am kommenden Samstag offiziell in sein Amt als Erzbischof von Köln eingeführt wird. Deshalb müssten zunächst andere Möglichkeiten ausgeschöpft werden: »An erster Stelle muss immer das Gespräch stehen.« Es gehe um »die Anerkennung des Anderen und das Recht auf Territorium, das Recht auf Würde, das Recht auf Selbstbestimmung«, sagte der bisherige Berliner Erzbischof. »Das kann immer nur mit Diplomatie erreicht werden.« Deutschland liefert seit Anfang des Monats Waffen und anderes Kriegsmaterial an die kurdischen Peschmerga-Truppen, die im Nordsirak gegen die Terroristen der Miliz »Islamischer Staat« (IS) kämpfen. epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 38\_2014 Seite \_3

## Evangelische Kirche uneins über Waffenlieferungen in den Irak

**Frankfurt a.M.** (epd). Die Spitzenrepräsentanten der evangelischen Kirche sind in ihrer Haltung zu den deutschen Waffenlieferungen an Kurden gespalten. Während der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Nikolaus Schneider, und der neue Militärbischof Sigurd Rink trotz Bedenken Verständnis für den Beschluss der Bundesregierung äußerten, sprach sich der hessen-nassauische Kirchenpräsident Volker Jung am 9. September entschieden gegen die Lieferungen aus. Die Erfahrung habe gezeigt, dass nicht abzusehen sei, was mit Waffen in Krisengebieten geschehe, sagte Jung in Darmstadt dem Evangelischen Pressedienst (epd). Er argumentierte, es dürfte im Irak kaum zu steuern sein, wofür die Waffen am Ende verwendet werden. So kritisch wie Jung hatte sich bislang nur der EKDFriedensbeauftragte Renke Brahm geäußert. Jung bemängelte, in der evangelischen Kirche fehle bisher eine friedensethische Reflexion, die sich konsequent an der EKD-Friedensdenkschrift von 2007 orientiere. In der Denkschrift werde die Lieferung von Waffen in Krisengebiete abgelehnt. Gleiches habe die Synode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau noch im vergangenen Jahr bekräftigt. Der pfälzische Kirchenpräsident Christian Schad hält Waffenlieferungen in den Nordsirak als Mittel der äußersten Nothilfe für vertretbar. Er verstehe, dass sich viele Menschen auch aus christlicher Überzeugung dagegen aussprechen, sagte Schad am Dienstag in Speyer. In Fällen von schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen wie jetzt im Nordsirak oder 1994 beim Völkermord in Ruanda müssten indes nichtmilitärische und militärische Mittel möglich sein, sagte der Theologe. Militärische Aktionen gegen die IS-Milizen im Nordsirak könnten allerdings die Konflikte nicht lösen und der Region weder Frieden noch Sicherheit geben, fügte Schad hinzu. Deshalb müsse die Bundesrepublik mit anderen Staaten durch Geld und personelle Ressourcen »mithelfen, dass zivile Konfliktlösungen eine Chance gewinnen und sich im Irak stabile staatliche Strukturen ausbilden können«. EKD-Ratschef Schneider hatte gesagt, die kurdischen Peschmerga seien im Moment als einzige in der Lage, den von den Terrorgruppe »Islamischer Staat« (IS) bedrohten Menschen »ein gewisses Maß an Sicherheit zu geben«. »Vor diesem Hintergrund habe ich bei größtem Bauchgrimmen Verständnis dafür, wenn dorthin Waffen geliefert werden«, sagte Schneider. Ähnlich sieht es auch Sigurd Rink, der erste hauptamtliche evangelische Militärbischof. Er tue sich schwer mit einer »eindeutigen Festlegung«. In einem Zeitungsinterview schloss er Waffenlieferungen an die

Kurden in die Region angesichts der massiven Verbrechen im Irak und in Syrien aber nicht aus. Jung sprach sich stattdessen für ein UN-Mandat zum Schutz der Flüchtlinge und für humanitäre Hilfe aus. Darin stimmt er mit Bayerns evangelischen Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm überein, der am Mittwoch von einer mehrtägigen Irak-Reise zurückkehren wird. Bedford-Strohm hatte die Einrichtung einer Schutzzone für die verfolgten Christen und Jesiden durch die Vereinten Nationen gefordert, in den Tagen zuvor aber bereits auch für die deutschen Waffenlieferungen Verständnis geäußert.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 38\_2014 Seite \_4

**Käßmann:**

## **Land ohne Armee ist eine Utopie**

**Bielefeld** (epd). Die evangelische Theologin Margot Käßmann hat der Behauptung widersprochen, sie habe die Abschaffung der Bundeswehr gefordert. Für sie sei es eine Utopie, in einem Land ohne Armee zu leben, sagte sie dem in Bielefeld erscheinenden »Westfalen-Blatt« (12. September). Die frühere EKD-Ratsvorsitzende machte zugleich deutlich, dass es auch weitere Utopien geben müsse. »Ich träume davon, dass es eine Welt ohne Krieg geben kann. Ich habe die Utopien von gerechten Beziehungen zwischen Arm und Reich und Männern und Frauen. Wenn es das nicht mehr gibt, dann bewegt sich nichts mehr. Dann haben wir nur noch eine Politik des Pragmatismus, die einen Schritt geht und dann den nächsten«, sagte die frühere hannoversche Landesbischofin, die heute als EKD-Botschafterin für das 500.

Reformationsjubiläum 2017 wirbt. Käßmann verteidigte ihre Äußerungen zu tagespolitischen Ereignissen: »Die evangelische Kirche ist seit Martin Luther politisch. Es ist etwas typisch Evangelisches, sein Gewissen an der Bibel zu schärfen«, sagte die Theologin dem »Westfalen-Blatt«. Zum Kampf gegen den Terrorismus sagte sie, dass ihrer Meinung nach nur die Vereinten Nationen das Organ sein sollten, das die Entscheidung in solchen Fällen trifft. Käßmann hatte dem Nachrichtenmagazin »Der Spiegel« im August gesagt: »Ich fände es gut, wenn die Bundesrepublik auf eine Armee verzichten könnte wie etwa Costa Rica.« Sie schränkte ein, ihr sei klar, dass ihre Position im Moment noch eine Utopie sei, auch wegen der Einbindung Deutschlands in der Nato. Zugleich äußerte sie den Standpunkt, sie fände es gut, wenn Deutschland sich als Konsequenz aus den Schrecken des 20. Jahrhunderts nicht an Kriegseinsätzen im Ausland beteilige. Die frühere Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) hatte sich bereits in der Vergangenheit immer wieder kritisch zur Rolle der Bundeswehr und vor allem über Auslandseinsätze geäußert. Mit dem Satz »Nichts ist gut in Afghanistan« bei der Neujahrspredigt 2010 in der Dresdner Frauenkirche hatte sie eine breite gesellschaftliche Debatte über das Bundeswehr-Engagement in Afghanistan ausgelöst.

## **Pfarrer kritisieren Gaucks Plädoyer für Militäreinsätze**



Joachim Gauck *epd-bild / mck*

**Mülheim an der Ruhr** (epd).

Ein Bündnis evangelischer Pfarrer kritisiert in einem offenen Brief an Bundespräsident Joachim Gauck dessen Forderung, Deutschland müsse notfalls auch militärische Verantwortung in internationalen Konflikten übernehmen. Kriegseinsätze verbuchten stets nur scheinbare Erfolge, heißt es in dem am Mittwoch in Mülheim veröffentlichten Brief der Arbeitsgruppe Solidarische Kirche im Rheinland, den kirchliche Verbände aus ganz Deutschland unterstützen. Letztlich führten Kriegseinsätze aber »zur Destabilisierung und verstärktem Blutvergießen bis hin zu gezielten Drohnen-Morden«. Die Kirchenvertreter kritisieren in dem Brief an den früheren evangelischen Pfarrer Gauck auch die geplanten deutschen Waffenlieferungen an die Kurden im Nordirak, mit denen sich die Peshmerga-Kämpfer gegen die Miliz »Islamischer Staat« verteidigen sollen. »Die bundesdeutsche Regelung, keine Waffenlieferung in Krisengebiete zuzulassen, ist schon mehrfach durchbrochen worden, gerade im Nahen Osten. Jede weitere Durchbrechung bringt unweigerlich die Gefahr unberechenbarer Gewaltsteigerungen mit sich«, heißt es. Die Pfarrer betonten, Deutschland könne international auch anders als militärisch Verantwortung übernehmen. »Verantwortung bedeutet für uns eine größere Bereitschaft Deutschlands, Flüchtlinge aufzunehmen«, erklären sie. Kriege und Militäreinsätze seien aber weltweit die Hauptursache für Flucht. Weiter heißt es: »Weltweite Verantwortung bedeutet für uns, dass Deutschland dem selbst gesetzten Ziel endlich nachkommt, 0,7 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts für Entwicklungsaufgaben einzusetzen.« Im Juni hatten bereits ostdeutsche Pfarrer Bundespräsident Joachim Gauck für sein Plädoyer für Bundeswehreinsätze im Ausland kritisiert. Sie warfen Gauck in einem Protestbrief vor, sich von den Idealen

der christlichen DDR-Friedensbewegung abzuwenden. Der offene Brief der Solidarischen Kirche im Rheinland wird den Angaben zufolge unter anderem vom entwicklungspolitischen Südwind-Institut, der Kreditgenossenschaft Oikocredit, dem Dietrich Bonhoeffer-Verein und verschiedenen Ökumenischen Netzen unter anderen in Bayern, Niedersachsen, Hessen und Württemberg unterstützt. Die Solidarische Kirche ist ein Zusammenschluss von rund 180 evangelischen Laien und Pfarrern im Rheinland, der sich als kritische Stimme gegenüber der Kirchenleitung in Düsseldorf und der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) versteht.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 38\_2014 Seite \_5

## Sigurd Rink erster hauptamtlicher Militärbischof

Glückwünsche von Verteidigungsministerin von der Leyen. epd-bild /  
Andreas Schoelzel



**Berlin** (epd). Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat zum ersten Mal einen hauptamtlichen Militärbischof. Mit einem Festgottesdienst wurde Sigurd Rink (53) am 8. September in der Berliner Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche in das Amt eingeführt. Zugleich wurde Amtsvorgänger Martin Dutzmann (58) vom EKD-Ratsvorsitzenden Nikolaus Schneider entpflichtet. Dutzmann ist inzwischen der Bevollmächtigte der EKD bei Bundesregierung, Bundestag und EU. Mit der Berufung eines hauptamtlichen Militärbischofs trage die EKD den erhöhten Anforderungen durch die Bundeswehrreform und die Vielzahl von Einsätzen Rechnung, erläuterte der EKD-Ratsvorsitzende Schneider. In der Vergangenheit war die Position an die Leitung einer Landeskirche oder die Vertretung der EKD bei der Bundesregierung gekoppelt. Rink sagte, dass sich der Rat und die Kirchenkonferenz der EKD mit den aktuellen Krisen im Nordirak und in der Ukraine befassen werden. Er erwarte »einen differenzierten Konsens«. Die Basis dafür sei die Friedensdenkschrift der EKD von 2007. Seitdem habe sich allerdings die Weltlage verändert. Formen asymmetrischer Kriegsführung wie etwa durch die Terrorgruppe »Islamischer Staat« (IS) im Nordirak hätten in den damaligen friedensethischen Überlegungen noch nicht eine solche Rolle gespielt. Er wolle gemeinsam mit Forschern »die Friedensdenkschrift weiterdenken«. In seiner Predigt erinnerte Rink an den ethischen Grundsatz des Theologen und Philosophen Georg Picht: »Wer die Verantwortung in der Welt bejaht, darf sich der Last, die sich daraus ergibt, nicht entziehen.« Dies sei fast ein prophetischer Kommentar zu den politischen Herausforderungen unserer Tage. Der EKD-Ratsvorsitzende Schneider verteidigte den Einsatz von Gewalt als letztem Mittel. Es gebe Situationen, in denen militärisch die Voraussetzung dafür geschaffen werden müsse, damit die Zivilgesellschaft wachsen kann, sagte Schneider. Die Militärseelsorge müsse nah bei den Soldaten im Inland, aber auch bei den Auslandseinsätzen wie am Horn von Afrika, in Afghanistan oder auf dem Balkan sein. Ursula von der Leyen (CDU) verteidigte die Lieferung deutscher Waffen in den Nordirak. »Es gibt nicht die einzig richtige Entscheidung«, sagte die Verteidigungsministerin am Abend bei der Einführung Rinks in Berlin: »Handeln und nicht handeln kann schuldig machen.« Von der Leyen bekräftigte, dass die politische Entscheidung aus den Lehren der Untätigkeit der Weltgemeinschaft angesichts des Völkermordes in Ruanda und des Massakers von Srebrenica erfolgt sei. »Jede Krise hat ihre eigenen Fragen«, sagte die CDU-Politikerin. Rinks katholischer Amtskollege Franz-Josef Overbeck sagte, dass Soldaten angesichts individueller und globaler Konflikte Hilfestellungen erwarten. Dabei sei eine Ethik bedeutsam, die sich den Geboten Gottes und der Nächsten- und Feindesliebe unbedingt verpflichtet wisse, sagte Overbeck, der zugleich in Essen das Ruhrbistum leitet. Die EKD hat die Stelle des hauptamtlichen Militärbischofs zunächst auf sechs Jahre befristet, nach vier Jahren soll die Neuregelung überprüft werden. Der Militärbischof mit Sitz in Berlin leitet die evangelische Seelsorge in der Bundeswehr und hat die Dienstaufsicht über die Militärpfarrer. Er wurde vom Rat der EKD mit Zustimmung der Landeskirchen und in Einvernehmen mit der Bundesregierung ernannt. Rink hat sein Amt bereits am 15. Juli angetreten. Sigurd Immanuel Rink studierte Theologie in Marburg, Heidelberg und München. Nach der Promotion im Fach kirchliche Zeitgeschichte und einem Vikariat im hessischen Usingen war Rink 1993 bis 1998 Pfarrer in Königstein-Falkenstein. 1998 wurde er Referent des hessen-nassauischen Kirchenpräsidenten, im Jahr 2000 zudem Pressesprecher der Landeskirche. Im April 2002 wurde er von der Kirchensynode zum Propst von Süd-Nassau bestimmt. Rink ist verheiratet und hat drei Kinder.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 38\_2014 Seite \_6

# Theologin: IS-Terroristen zwischen Heilserwartung und Hass

**Wien** (epd). Die Kämpfer der radikalsunnitischen Gruppierung »Islamischer Staat« schwanken nach Experteneinschätzung zwischen Heilserwartung und Hass. Die Terroristen verträten eine rückwärtsgewandte Utopie, sagte die österreichische Theologin und Religionspsychologin Susanne Heine in Wien dem Evangelischen Pressedienst (epd). Sie gingen von einer geschichtlichen Heilszeit aus, die es so nie gegeben habe, aber für ihre Motivation eine entscheidende Rolle spiele. Anders lasse sich »nicht der Hass auf alle erklären«, die ihnen die Gefolgschaft verweigerten. Nach den Worten von Heine handeln die Terroristen nicht rational. »Da wird nicht strategisch abgeschätzt, ob Gewalt und Gräueltaten einen Sinn machen«, sagte die Wissenschaftlerin. Die IS-Kämpfer seien von einem »auch in den Medien sichtbaren Hass erfüllt«. Starke Emotionen zeigten immer, dass es nicht um ein Kalkül gehe, »sondern um eine tiefer liegende, innere psychosoziale Dynamik«. Dies rechtfertige freilich nicht, was geschehe. Heine ist emeritierte Professorin für praktische Theologie und Religionspsychologie an der Universität Wien. Der IS hat in den vergangenen Wochen Teile von Syrien und des Nordirak besetzt. Mehr als eine Million Menschen sind vor dem Terror geflüchtet, darunter zahlreiche Christen und Jesiden, eine kurdische Minderheit. Viele der islamistischen Kämpfer stammen aus Europa. Allein aus Deutschland sollen rund 400 Terroristen beteiligt sein. Es sei schwer einzuschätzen, was passiere, wenn diese in ihre Heimat zurückkehrten, erläuterte Heine. »Erhöhte Aufmerksamkeit ist jedenfalls gefragt.« Sie könne sich aber vorstellen, dass manche Rückkehrer von der »Schlachtereie« genug hätten. Eine Vorbeugung gegen religiöse Radikalisierung sei schwierig, sagte die Theologin. Im islamischen Religionsunterricht müsse vermittelt werden, dass der Islam nichts mit Terrorismus und Selbstmordattentaten zu tun habe: »Dass das nicht korangemäß ist, sondern eine große Sünde.« Da sich viele muslimische Jugendliche unterprivilegiert fühlten, müsse auch sozial etwas getan werden. Bildung spiele eine große Rolle, betonte Heine. »Sie ist immer noch ein entscheidendes Mittel gegen Anfälligkeit für radikale Tendenzen.« Religiöse Fundamentalisten handelten nach dem Motto »Angriff ist die beste Verteidigung«, unterstrich die Wissenschaftlerin. Sie glaubten, dass sie sich gegen Säkularität und Religionsverlust zur Wehr setzen müssten. Im Westen sei die Religion kaum mehr ein öffentliches Thema. So entstehe ein religiöser Analphabetismus, der für Propaganda anfällig mache, kritisierte Heine. Zudem würden viele Migranten erst im Gastland religiös. Sie seien weniger durch Minderwertigkeitsgefühle geprägt als durch »verletzte Würde«. *epd-Gespräch: Bernd Buchner*  
epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST [Nr. 38\\_2014 Seite \\_20](#)

## Hochschulen

### Friedensforscher warnen vor Opfer- Täter-Schema in Konflikten

**Hagen** (epd). Nach gewaltsamen Konflikten sind die Chancen auf Versöhnung einer Studie zufolge besser, wenn eine strikte Unterscheidung zwischen Opfern und Tätern vermieden wird. Zwei Wissenschaftler der Fernuniversität Hagen haben als Leiter eines internationalen Forscherteams in Liberia Möglichkeiten der Versöhnung nach brutalen, etwa ethnisch motivierten Gewaltausbrüchen untersucht. Entscheidend sei, dass die Menschen akzeptierten, dass alle Seiten Gewalt ausübten, erklärten Agostino Mazziotta und Friederike Feuchte am Dienstag. In Liberia nahmen den Angaben nach 146 Personen aus 16 ethnischen Gruppen an der Untersuchung teil. Sie wurden nach dem Zufallsprinzip einer von zwei experimentellen Bedingungen, nämlich Opfer- oder Täter- Perspektive, zugeteilt. Die Wissenschaftler vom Lehrgebiet Community Psychology kamen unter anderem zu dem Ergebnis, dass an einem Konflikt beteiligte Menschen an ihrer Selbsteinschätzung als Täter oder Opfer arbeiten sollten. Zwischen 1989 und 2003 fanden in Liberia zwei Bürgerkriege mit Gräueltaten auf allen Seiten statt. Klare Täter- und Opferzuschreibungen seien eigentlich nicht möglich, erklärte Mazziotta. »Trotzdem tendieren die am Konflikt beteiligten Parteien dazu, auf das eigene Leid zu fokussieren.« Das Leid anderer Gruppen blendeten sie häufig aus. Ein Grundproblem bei der Versöhnungen sei das Gefühl, nur Opfer und nicht gleichzeitig Täter zu sein. »Dadurch ist es leichter, eigenes destruktives Verhalten mit dem Verweis auf die Gewalttaten anderer zu rechtfertigen«, erklärte Mazziotta. Das Feldexperiment in Liberia habe jedoch gezeigt, dass es prinzipiell möglich sei, Perspektiven und Zuschreibungen zu beeinflussen. »Die Versöhnungsbereitschaft kann durch Verständnis für die Situation des anderen gesteigert werden«, erklärten die Forscher. *epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST [Nr. 38\\_2014 Seite \\_23](#)*

## Kunst gegen den Krieg Duisburger Lehmbruck Museum zeigt

### Antikriegsplastiken

**Duisburg** (epd).

Der Tag der Ausstellungseröffnung ist nicht zufällig gewählt: Am 11. September ist im Duisburger Lehmbruck Museum die Schau »Zeichen gegen den Krieg« eröffnet worden - an einem Datum, das mit der

Zerstörung des World Trade Centers in New York im Jahr 2001 für eine neue Art der Kriegsführung steht. In der Ausstellung präsentiert das Museum auf 850 Quadratmetern Antikriegsplastiken von Lehmbrucks »Gestürztem« bis heute. Dabei geht es nicht um die Nachstellung einer Ikonographie des Kriegs, sondern um die künstlerische Reflektion über den modernen Krieg. Wilhelm Lehmbrucks Skulptur »Der Gestürzte« entstand 1915 und 1916. Der Künstler schuf sie unter dem Eindruck des Ersten Weltkriegs und zeigt den Soldaten gänzlich anders als in der Pose eines heldenhaften Kriegers. Lehmbruck hatte die bis dahin für unvorstellbar gehaltenen Grausamkeiten des mit Panzern, U-Booten, Flugzeugen und Giftgas geführten Ersten Weltkriegs selbst erlebt. Auch einige der Künstler, deren Arbeiten in der bis zum 7. Dezember laufenden Schau in Duisburg zu sehen sind, verarbeiten eigene Kriegserfahrungen. **Zerlegte Freiheitsstatue** Mit ihren Werken beziehen sie radikal Position. Die Kunst habe eine gesellschaftspolitische Aufgabe, betont die Direktorin des Lehmbruck-Museums, Söke Dinkla. Neue Formen kriegerischer Auseinandersetzungen würden auch weiterhin neue künstlerische Interpretations- und Repräsentationsformen entstehen lassen. Die Schau zeigt etwa ein Werk des Künstlers Danh Vo, der als Kind mit seiner Familie vor dem Vietnamkrieg floh. Vo baute die Freiheitsstatue in Originalgröße nach und zerlegte sie in insgesamt 300 Einzelteile, die über die ganze Welt verteilt sind. Der Titel der Arbeit lautet »We the people« und zitiert die ersten Worte der Präambel der amerikanischen Verfassung. Die Arbeit thematisiert den globalen Anspruch des Freiheitssymbols und zugleich seine Verletzlichkeit. Von Wolf Vostell (1932-1998) stammt ein grob gerasterter Siebdruck mit dem Titel »B 52 - statt Bomben« aus dem Jahr 1968, als der Vietnamkrieg tobte. Vostell lässt aus dem todbringenden Bombenschacht eines Flugzeugs in Plastik eingeschweißte Cola-Lutscher fallen. Rosemarie Trockel strickte für die Arbeit »Balaklava« fünf Sturmmasken, wie sie Elitesoldaten oder auch Terroristen tragen. Der Peruaner Josta Castro schuf die Antikriegsplastik »Zeitgeist«. Die Aluminium-Arbeit zeigt eine Guillotine. Der Betrachter wird durch die Spiegelflächen direkt in den Schrecken der Tötungsmaschine hineingezogen. Überhaupt werden Museumsbesucher bei fast allen Exponaten unausgesprochen aufgefordert, ihre eigene Position zum Thema Krieg und Gewalt zu überdenken. »America's Finest« lautet der Titel einer Arbeit von der US-Amerikanerin Lynn Hershman Leeson. Da steht der Besucher an einer M16, der Waffe, die die Amerikaner in den Kriegen in Korea, Vietnam und dem Irak verwendeten, und zielt auf Kriegsszenen. Wenn man den Abzug drückt, taucht das eigene Bild im Zielfernrohr auf und man wird Täter und Opfer zugleich. Die Ausstellung ist Teil des Projekts »1914 - Mitten in Europa« des Landschaftsverbandes Rheinlands zum Beginn des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren. Die Schau richtet dabei ihren Blick ausgehend vom Ersten Weltkriegs auf künstlerische Werke zu gegenwärtig stattfindenden Kriegen und gewaltsamen Konflikten. »Eindringlich machen die Werke der Ausstellung unsere eigene Verletzlichkeit spürbar«, sagte Museumsdirektorin Söke Dinkla. Der Kunsthistoriker Thomas Burchardt, Kurator der Ausstellung, fügt hinzu: »Nicht selten vermischt sich die Faszination der Kunstwerke der Schau mit dem Erschrecken, wie zeitlos die Arbeiten sind.« *Andreas Rehnolt (epd)*

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 38\_2014 Seite 41

## Christen und Muslime verlangen Eingreifen im Nordirak

**München** (epd). Der bayerische evangelische Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm und der ehemalige Großmufti von Bosnien-Herzegowina, Mustafa Ceric, haben friedenschaffende Initiativen im Nordirak gefordert. Bedford-Strohm sprach sich am 16. September in München erneut nachdrücklich für einen UN-Einsatz in dem Krisengebiet aus. Ceric erklärte, die Mörder unschuldiger Kinder müssten bestraft werden. Beide sagten zugleich, es gebe »keinen gerechten Krieg«. Bedford-Strohm stellte sich erneut hinter die deutschen Waffenlieferungen an die Kurden. »Die entscheidende Frage ist: Wie kann diesen Menschen verlässlicher Schutz gegeben werden«, sagte er bei einer Diskussionsrunde vor rund 350 Zuhörern in der Münchner Allerheiligenhofkirche. Zwar seien Waffenlieferungen an Länder mit Menschenrechtsverletzungen die »eigentliche Ursache des Konflikts«. Doch dies entbinde den Westen nicht von der Frage, wie den Menschen vor Ort geholfen werden könne, unterstrich der Landesbischof. Er forderte von der Bundesregierung eine »nachdrückliche Initiative« für einen UN-Einsatz. Ceric betonte, die Europäer seien als Urheber zweier »epochaler Kriege« in der Pflicht, »die Ursachen von Kriegen zu erforschen und anderen zu helfen«. Er erinnerte an den Krieg in seinem Heimatland in den 1990er Jahren. Er sei 1992 in Sarajevo »ohne Essen und Sicherheit« gewesen, »ich habe viele Tote, Blut und weinende Mütter gesehen«. Ceric kandidiert derzeit für die Präsidentschaft in Bosnien-Herzegowina. Er war von 1993 bis 2012 Großmufti. Der Geistliche gehört der Partei des vormaligen Präsidenten Alija Izetbegović. 2007 erhielt er gemeinsam mit Rita Süßmuth den Theodor-Heuss-Preis. Der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Alois Glück, äußerte sich zurückhaltend zu Waffenlieferungen. Diese könnten zwar durchaus Bedrohte schützen, aber kein Gemeinwesen schaffen. Der frühere CSU-Landtagsabgeordnete warnte zugleich davor, Menschen anderer Kulturkreise europäische Errungenschaften wie die parlamentarische Demokratie »überzustülpen«.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 39\_2014 Seite 2

## Mehr Friedensengagement in Krisengebieten angemahnt

**Schwerte** (epd). Angesichts der Konflikte weltweit hat die Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen, Annette Kurschus, zu stärkeren Friedensbemühungen aufgerufen. In Unruheherden wie in der Ukraine und im Irak gelte das Gebot der Versöhnung, sagte Kurschus auf einer Tagung am Donnerstagabend in Schwerte. Zivile Krisenvorbeugung müsse »unbedingten Vorrang haben vor militärischem Eingreifen«, mahnte die leitende Theologin der viertgrößten evangelischen Landeskirche. Präses Kurschus rief dazu auf, die Vielfalt Europas zu fördern. Die Kirchen sind ihrer Ansicht nach dabei ein Impulsgeber. So spiele bei den weltweiten kirchlichen Partnerschaften das gegenseitige Lernen eine bedeutende Rolle. Die westfälische Kirche pflegt solche Partnerschaften mit Kirchen in Weißrussland, Italien, Polen, Rumänien, England, Schottland und anderen Ländern. Der christliche Glaube sei »als Impulsgeber, als Widerpart, als Reibungsfläche und als Resonanzraum der europäischen Freiheitsgeschichte« ein wichtiger Faktor in Europa, erklärte Kurschus. An der Tagung »Wo beginnt, wo endet Europa?« in der Evangelischen Akademie Villigst in Schwerte wirkten den Angaben zufolge Teilnehmer aus 18 europäischen Ländern mit. Kooperationspartner war »Oikosnet Europe«, ein Netzwerk evangelischer Akademien. [www.evangelischin-westfalen.de](http://www.evangelischin-westfalen.de)

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 39\_2014 Seite \_3

### Friedensbeauftragte Brahms:

## Vermeehrt Anfragen zur Kriegsdienstverweigerung

**Bremen/Bonn** (epd). Obwohl es in Deutschland seit etwa drei Jahren keine Wehrpflicht mehr gibt, verweigern Bundesbürger nach wie vor den Kriegsdienst. »Wir haben vermehrt Anfragen bei der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden«, sagte der kirchliche Friedensbeauftragte Renke Brahms am Donnerstag in Bremen. Angesichts der zunehmenden Zahl kriegerischer Auseinandersetzungen wollten viele Menschen den Wehrdienst verweigern, obwohl sie gar nicht zur Bundeswehr müssten. »Das Thema ist nicht weg«, betonte der Beauftragte der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Auch Soldaten, die sich freiwillig verpflichtet hätten, verweigerten nach ihrer Probezeit von sechs Monaten, sagte der Theologe Brahms. Nach einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linksfraktion haben seit Aussetzung der Wehrpflicht vor drei Jahren bis Juli des laufenden Jahres 1.095 Soldaten den Kriegsdienst verweigert. Insgesamt wurden bisher rund drei Viertel aller Anträge anerkannt. Viele Soldatinnen und Soldaten verweigerten den Kriegsdienst aufgrund des veränderten Auftrags der Bundeswehr, zu dem einwachsende Zahl von Kampfeinsätzen im Ausland gehöre, sagte die Verteidigungsexpertin der Linksfraktion im Bundestag, Katrin Kunert, bei der Diskussionsveranstaltung. »Töten zu müssen oder selbst getötet zu werden, ist ein wahrscheinlicher gewordenes Risiko und nicht mehr nur eine bloße hypothetische Möglichkeit.« Hinzu kämen persönliche Schlüsselerelebnisse. Das Kriegsdienstverweigerungsrecht ist in Artikel 4 Absatz 3 des Grundgesetzes festgeschrieben. Dort heißt es: »Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden.« Seit Einführung hätten weit mehr als zwei Millionen deutsche Staatsbürger von ihrem Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung Gebrauch gemacht, bilanziert die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung in Bonn. Anträge müssen heute bei den sogenannten »Karrierecentern« der Bundeswehr eingereicht werden. Sie werden dann vom Bundesamt für Familien und zivilgesellschaftliche Aufgaben entschieden.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 39\_2014 Seite \_14

## Muslime setzen Zeichen gegen Gewalt und Unrecht

**Integrationsminister Schneider: Religion darf nicht instrumentalisiert werden** Der EKD-

Ratsvorsitzende Schneider und Imam Sezai Gakan beten vor der Berliner Mevlana Moschee.



epd-bild / Rolf Zöllner

**Frankfurt a.M./Bielefeld (epd).**

Mit Aktionen in ganz Deutschland haben Muslime am Freitag gegen Extremismus protestiert. Nach den Freitagsgebeten in den Moscheen versammelten sich Menschen in mehreren Großstädten zu Mahnwachen und Friedensgebeten. Daran nahmen auch Bundes- und Landespolitiker sowie Vertreter der Kirchen und der jüdischen Gemeinschaft teil. Zu dem Aktionstag unter dem Motto »Muslime stehen auf gegen Hass und Unrecht« rief der Koordinationsrat der Muslime auf, in dem die vier großen deutschen Islamverbände zusammengeschlossen sind. Bei der zentralen NRW-Veranstaltung in Bielefeld warb der nordrhein-westfälische Integrationsminister Guntram Schneider (SPD) für religiöse Vielfalt. Religionen dürften nicht instrumentalisiert werden, um Macht, Gewalt und Unterdrückung zu rechtfertigen, sagte der Minister im türkischen Bildungs- und Kulturverein. Auf den Kulturverein war im August ein Brandanschlag verübt worden. Die Ermittlungen dauern nach Angaben der Polizei von Freitag noch an. Die nordrhein-westfälische Landtagspräsidentin Carina Gödecke (SPD) bezeichnete den Aktionstag als »wirkungsvolles Zeichen des Friedens und der Menschlichkeit«. In Hannover rief Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) zum Frieden zwischen den Religionen und Kulturen auf. »Jeder Anschlag gegen Moscheen und Synagogen ist schändlich und ein Anschlag gegen uns alle«, sagte er. Die Muslime hätten bei dem Aktionstag deutlich gemacht, dass sich Hass und Gewalt niemals im Namen des Islam legitimieren ließen: »Das ist eine wunderbare Botschaft.« Der Sprecher des Koordinationsrats der Muslime, Ali Kizilkaya, distanzierte sich in Hannover deutlich von der Miliz »Islamischer Staat«. »Sie geben vor, im Namen der Religion zu handeln«, sagte Kizilkaya. »Aber ihre Taten zeigen, dass sie kein Wort verstanden haben von dem, was Allah will.« Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Nikolaus Schneider, versicherte den Muslimen in Deutschland seine Solidarität. »Sie stehen nicht allein«, sagte Schneider in Berlin in der Mevlana Moschee. Er sei entsetzt über die Angriffe auf muslimische Gebetsräume und die islamfeindlichen Stimmungen. Der ehemalige rheinische Präses dankte den muslimischen Verbänden »für die Klarheit«, mit der sie sich von jeder Form des Antisemitismus, aber auch vom Terror des »Islamischen Staates« distanziert hätten. Dieter Graumann, Präsident des Zentralrats der Juden, betonte bei der Veranstaltung in Frankfurt: »Wenn Menschen angegriffen werden, trifft und schmerzt uns das alle. Wir Juden werden immer unsere Stimme erheben, wenn Muslime diskriminiert werden.« Baden-Württembergs Integrationsministerin Bilkay Öney (SPD) forderte Muslime auf, Freiheiten für Andersgläubige in muslimischen Ländern zu verlangen. Sie könnte sich kaum überzeugend für die Muslime im Land einsetzen, wenn diese sich nicht dafür engagierten, »dass Christen auch in muslimisch geprägten Ländern Kirchen bauen und Gottesdienste abhalten können«, sagte die Ministerin. In einem Gastbeitrag für die »Bild«-Zeitung (19. September) schrieb der Vorsitzende des Zentralrates der Muslime, Aiman Mazyek: »Wir wollen nicht schweigen, wenn Menschen den muslimischen Glauben missbrauchen, um Unrecht zu begehen.« Die IS-Kämpfer seien »Terroristen und Mörder, die den Islam in den Dreck ziehen und den Menschen - auch ihren eigenen Glaubensbrüdern - Hass und Leid bringen«. Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund in NRW begrüßte den Aktionstag. Der Vorsitzende Andreas Meyer-Lauber warnte aber davor, alle Muslime im Land unter Generalverdacht zu stellen. In jeder Religion und Gesellschaft gebe es gefährliche Fanatiker, denen konsequent begegnet werden müsse, sagte er in Düsseldorf. »Das darf aber nicht zu Misstrauen und Ausgrenzung gegenüber einer ganzen Bevölkerungsgruppe führen.«

epd-Wochenpiegel | AUSGABE WEST Nr. 39\_2014 Seite \_17

## Deutscher Juristentag lehnt »Paralleljustiz« ab

**Hannover (epd).** Der 70. Deutsche Juristentag hat einer islamischen »Paralleljustiz« eine klare Absage erteilt. Formen der Streitschlichtung, die nicht mit einem Strafprozess verknüpft seien, lehnten die Juristen in Hannover bei einer Abstimmung ab. Dazu gehören etwa Schlichtungen durch religiöse »Friedensrichter«. Es sei jedoch nicht ausgeschlossen, solche Formen in einen Täter-Opfer-Ausgleich einzubeziehen. Dies müsse empirisch überprüft werden. Die Beschlüsse des Juristentages, der am 19. September zu Ende



ging, verstehen sich als Empfehlungen an den Gesetzgeber. Vier Tage lang hatten rund 2.500 Anwälte, Richter und Wissenschaftler über aktuelle Fragen des Rechts diskutiert. Einer von sechs Schwerpunkten waren mögliche Änderungen im Strafrecht angesichts der kulturellen und religiösen Pluralisierung in Deutschland. Als einer der Hauptreferenten hatte der Karlsruher Rechtsanwalt Michael Rosenthal mehr Verständnis für Muslime gefordert, die der deutschen Justiz bislang mit Misstrauen begegneten. Der Juristentag sprach sich zudem dafür aus, den sogenannten »Blasphemie-Paragrafen« im Strafgesetzbuch beizubehalten. Dieser stellt »Bekennnisbeschimpfung« und Gotteslästerung unter Strafe. Der Paragraf habe in einer kulturell und religiös zunehmend pluralistischen Gesellschaft eine friedensschützende Funktion, beschlossen die Mitglieder mit großer Mehrheit. Er gebe religiösen Minderheiten das Gefühl existenzieller Sicherheit. Auch die Neuregelung zur religiösen Beschneidung von Jungen wurde vom Juristentag bestätigt. Allerdings müsse sie dahingehend ausgelegt werden, dass nur ein ernsthaftes religiöses Selbstverständnis einen solchen Eingriff rechtfertige, hieß es. Das Landgericht Köln hatte vor zwei Jahren die Beschneidung eines muslimischen Jungen als Körperverletzung gewertet und damit für Unruhe unter Juden und Muslimen gesorgt. Nach einer hitzigen gesellschaftlichen Diskussion hatte der Bundestag daraufhin mit einem neuen Gesetz die Beschneidung unter bestimmten Bedingungen ausdrücklich erlaubt.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 39\_2014 Seite \_19

## **Bildungs- und Begegnungswerk Dortmund**

### **Begegnungsstätte in Minsk feiert 20-jähriges Bestehen**

**Minsk/Dortmund** (epd). Die Internationale Bildungs- und Begegnungsstätte »Johannes Rau« in Minsk feiert am 2. Oktober ihr 20-jähriges Bestehen. Zentrales Anliegen des deutsch-weißrussischen Gemeinschaftsunternehmens sei nach wie vor das Erinnern für die Zukunft, erklärte Mitinitiator Peter Junge-Wentrup, Geschäftsführer des Internationalen Bildungs- und Begegnungswerks Dortmund (IBB), am Donnerstag. »Die Aufarbeitung der Geschichte ist heute in den Auseinandersetzungen um die Zukunft der Ukraine so wichtig wie vor 20 Jahren im Ost-West-Konflikt.« Mit dem Bau der Begegnungsstätte in Minsk wurde nach Angaben des IBB 1991 kurz nach dem Fall des Eisernen Vorhangs begonnen. An den Baukosten beteiligten sich unter anderem das Land NRW und die evangelischen Landeskirchen in NRW mit Millionenzuschüssen. Seit der Einweihung 1994 haben insgesamt 20.000 Menschen an den Bildungsprogrammen teilgenommen. Rund 1.000 Veranstaltungen pro Jahr finden in der Begegnungsstätte statt. Zu den prominenten Rednern in Minsk zählten etwa der frühere sowjetische Staatschef Michail Gorbatschow und Bundespräsident Johannes Rau (1931-2006). Eines der wichtigsten aktuellen Projekte ist nach Worten von Junge-Wentrup der Bau der Gedenkstätte Trostenez, die an das größte weißrussische NS-Vernichtungslager Maly Trostenez erinnern soll. Dort wurden mindestens 60.000 Menschen getötet, weißrussische Historiker gehen sogar von über 200.000 Opfern aus. Darunter waren auch Juden aus mehreren deutschen Städten. [www.ibb-d.de](http://www.ibb-d.de)

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 39\_2014 Seite \_21

## **Landgericht Koblenz:**

### **Aufruf zur Blockade von Atomwaffenlager keine Straftat**

**Koblenz** (epd). Ein Friedensaktivist, der in Flugblättern zu Blockaden des mutmaßlichen Atomwaffenlagers Büchel aufrief, hat einer Entscheidung des Landgericht Koblenz zufolge keine Straftat begangen. Das Landgericht sprach in einer Berufungsverhandlung den Heidelberger Atomwaffengegner Hermann Theisen vom Vorwurf der Aufforderung zu Straftaten frei, bestätigte ein Sprecher am Mittwoch dem Evangelischen Pressedienst (AZ: 2090 Js 28007/ 13.5 Ns). Theisen war wegen des Verteilens entsprechender Flugblätter vom Amtsgericht Koblenz zu einer Geldstrafe von 600 Euro (30 Tagessätze) verurteilt worden. Nach Angaben des Landgerichts hat die Staatsanwaltschaft Revion gegen das aktuelle Urteil eingelegt. Vertreter der Friedensbewegung sprachen von einer »wegweisenden Entscheidung zur Nötigungsrechtsprechung«. Das Landgericht Koblenz hatte in seiner Urteilsbegründung ausführlich auf die Bedeutung der Grundrechte Meinungs- und Versammlungsfreiheit hingewiesen. Es sei erfreulich, wenn Strafgerichte Grundrechte derart verfassungsfreundlich anwendeten, erklärte Theisens Rechtsanwalt Martin Heiming. Theisen hatte zuvor schon vor dem Verwaltungsgericht in Koblenz gesiegt, das ebenfalls keine Straftat im Verteilen des Blockadeaufrufs erkannte. Theisen zufolge hat das Landgericht Koblenz eine »ermutigende Entscheidung« getroffen. Insbesondere vor dem Hintergrund der geplanten Modernisierung der in Büchel gelagerten Atomwaffen seien Sitzblockaden und andere gewaltfreie Aktionen nötiger denn je. »Deshalb wird es auch weiterhin Sitzblockaden in Büchel geben«, erklärte Theisen. Schon für März 2015 seien weitere Blockaden geplant, um deutlich für eine Abschaffung der Atomwaffen einzutreten. Der Bundeswehrfliegerhorst Büchel in der Eifel ist vermutlich der einzige Ort in der Bundesrepublik, an dem noch etwa 20 US-amerikanische Atombomben lagern. Eine offizielle Bestätigung dafür seitens der Bundesregierung gibt es jedoch nicht. Friedensorganisationen kämpfen seit vielen Jahren für einen Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland.

**Ministerin Löhrmann:**

## **Demokratie und Frieden nicht selbstverständlich**

**Essen** (epd). NRW-Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne) hat die Bedeutung der Schulen für eine freie und selbstbestimmte Gesellschaft hervorgehoben. »Demokratie und Frieden sind keine Selbstverständlichkeit, sondern müssen immer wieder erarbeitet und manchmal auch verteidigt werden«, sagte die Vorsitzende der Kultusministerkonferenz am Sonntag in Essen. Sie sprach zum Auftakt einer Tagung der Unesco-Projektschulen in Deutschland - diese Einrichtungen engagieren sich für Menschenrechte, Toleranz und Demokratie. **Tagung der Unesco-Projektschulen** »Je mehr Kinder und Jugendliche diese Werte vor Ort erleben und praktisch erfahren, desto humaner und sozialer kann unsere Gesellschaft werden«, betonte Löhrmann. Zum 1953 gegründeten Netzwerk der Unesco-Schulen gehören bundesweit 200 Schulen, in Nordrhein-Westfalen sind es 26. Weltweit haben sich rund 9.000 Schulen in über 180 Ländern der Umsetzung der Unesco-Leitgedanken verschrieben. Die Schüler können an internationalen Seminaren, Austauschprogrammen und Jugendcamps teilnehmen. Die diesjährige Tagung der deutschen Unesco-Schulen, die bis Donnerstag dauert, steht unter dem Motto »Glück auf - Pot(t)enzial nutzen und entwickeln«. Zum Programm gehören Workshops und Exkursionen, die den Wandel und die Vielfalt des Ruhrgebiets verdeutlichen.

**Nahost**

## **Friedenspolitische Podiumsdiskussion in Münster**

**Münster** (epd). Unter dem Titel »Frieden - ein Fremdwort?« findet am Mittwoch (24.09.2014) ein Podiumsgespräch in Münster statt. 100 Jahre nach Beginn des Ersten Weltkriegs werde in der Stadt des Westfälischen Friedens diskutiert, warum sich immer mehr Konflikte weltweit häuften, kündigten die Veranstalter am Freitag in Münster an. Zudem gehe es um die Frage, warum viele Konflikte auch nach jahrzehntelangen Bemühungen nicht gelöst seien, etwa in Israel. Die Veranstaltung wird von der »Deutschen Initiative für den Nahen Osten« (DINO) ausgerichtet.

epd-Wochenpiegel | AUSGABE WEST Nr. 39\_2014 Seite 22

## **Flut, Schwemme, Dambruch**

### **Wie Medien über Flüchtlinge berichten**

**Duisburg** (epd). Brennende Flüchtlingsunterkünfte in Rostock und Hoyerswerda, Anschläge auf Ausländer in Solingen und Mölln: Nach Recherchen des Freiburger Historikers Ulrich Herbert wurden in Deutschland Anfang der 90er Jahre mehr als 100 Ausländer von Rechtsextremisten ermordet - Folge einer völlig aus dem Ruder gelaufenen Debatte über Zuwanderung. Und für manchen Beobachter stand schon damals fest: »Die Pressesprache trägt zum Rassismus bei.« Diese Schlagzeile der »tageszeitung« aus dem Jahr 1992 gründete auf einer Studie von Margarete Jäger vom Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung. Ihr Ergebnis damals: Die Medien sind »mitverantwortlich für die Ausländerfeindlichkeit in Deutschland« - unter anderem durch die Verwendung bildhafter Begriffe wie Flut, Schwemme und Dambruch. Heute ist Jäger Leiterin des Forschungsinstituts. »Begriffe wie 'Flüchtlingsstrom' findet man nach wie vor allenthalben«, sagt sie. Damals zeigte ihre Studie, dass die Formulierungen der Massenmedien von vielen Lesern direkt übernommen werden. Heute sei die Berichterstattung gebremster, der Gebrauch verallgemeinernder Sprachbilder nicht mehr so dicht wie in der aufgeheizten Stimmung der 90er, als »ständig und überall von der 'Asylantenflut' die Rede war«, sagt Jäger. In der Tat kam damals einiges zusammen, wie Historiker Herbert berichtet: Türken, die nach einem Militärputsch nicht mehr als Gastarbeiter, sondern als politische Flüchtlinge nach Deutschland kamen, Asylbewerber aus dem sich auflösenden Ostblock, Hunderttausende Aussiedler aus Polen, Rumänien und der Sowjetunion. Lag die Zahl der Asylbewerber 1985 bei rund 35.000, stieg sie bis 1992 um mehr als das Zehnfache, auf knapp 440.000. Im wiedervereinigten Deutschland wurden Flüchtlinge auch auf die neuen Bundesländer verteilt - und so zu Nachbarn »von Leuten, die in ihrem ganzen Leben womöglich noch nie einen Ausländer gesehen hatten«, wie Herbert sagt. Es folgten die Gewaltausbrüche - begleitet von den Medien. »Es kam zu einem in dieser Form nicht gekannten kooperativen Vorgehen der Boulevardpresse und der konservativen Parteien«, erklärt Herbert. »CDU und CSU wollten die SPD zwingen, das Asylrecht aus dem Grundgesetz zu streichen oder doch zu entkernen«, was letztlich auch Erfolg hatte. Vor allem die »Bild«-Zeitung nahm die Kampagne auf. Doch auch »Der Spiegel« titelte im September 1991: »Flüchtlinge, Aussiedler, Asylanten - Ansturm der Armen«. Die »Welt« schrieb im August desselben Jahres zur weit verbreiteten Metapher des »vollen Bootes«, einem Symbol für das angeblich längst übervolle Deutschland: Rechnerisch sei das Boot natürlich noch lange nicht voll. »Aber Chaos und Panik können auch ein halbvolles Boot zum Kentern bringen.« Der Duden indes weist schon seit 1980 darauf hin, dass die Bezeichnung »Asylant« »gelegentlich als diskriminierend empfunden« wird. Für Jäger haben auch die Entgleisungen von damals dazu geführt, dass Medien heute oft moderater formulieren. Nach wie vor stört die Sprachforscherin aber, »dass im Mediendiskurs immer wieder - und aus meiner Sicht in kürzer werdenden Abständen - Ereignisse skandalisiert werden, mit denen

ein latent rassistisches Klima in Deutschland aufrechterhalten wird«. Das gelte etwa für die Debatten über die Thesen Thilo Sarrazins wie auch die Klage über die sogenannte Armutszuwanderung aus Rumänien und Bulgarien. »Journalisten sollten sich bewusst sein, dass sie mit der Art und Weise, wie sie Themen aufbereiten, das gesellschaftliche Klima mit anheizen können«, sagt Jäger. Oscar Tiefenthal, Leiter der Evangelischen Journalistenschule in Berlin, sieht es ähnlich. »Ein Journalist sollte eine Haltung haben, die die Würde des Menschen in den Mittelpunkt stellt«, sagt er. Natürlich gehörten Vereinfachen und eine verständliche Sprache zum journalistischen Handwerk. »Verantwortlich arbeiten in den Medien heißt aber eben auch, sich ständig selbst infrage zu stellen und den Blick in den Spiegel zu riskieren.« Zudem gebe es wenige Migranten, die in deutschen Medien arbeiteten und die Chance hätten, etwas an den negativ besetzten Bildern und Begriffen zu ändern. Der »taz«-Artikel von 1992 endet mit dem Zitat Jägers, die Medien müssten »ihre Sprache ganz besonders überprüfen, weil Schlagzeilen und 'Brandsätze' in den Medien schnell zu realen Brandsätzen werden können«. Und das, sagt sie, gelte auch heute noch.

*Johannes Süßmann (epd)*

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 39\_2014 Seite \_41

## Den Frieden lernen

### Kirchliches Ausbildungszentrum für frühere Kindersoldaten im Kongo



Der ehemalige Kindersoldat Justin Murhula Bashimbe.

*epd-bild / Christoph Püschner*

#### **Bukavu/Kinshasa (epd).**

Justin Murhula Bashimbe steht leicht vorgebeugt an seiner Werkbank, um jede Unebenheit in der hölzernen Oberfläche zu sehen. Sorgfältig geht der große und schlanke 28-Jährige mit dem Schleifpapier über die Ecken der Bundstege, die er gerade in das Griffbrett einer E-Gitarre gesetzt hat. Seine Werkbank steht in einem Ausbildungszentrum in der Metropole Bukavu im Osten des Kongo. »Als ich diese Werkstatt zum ersten Mal sah, wusste ich sofort, dass ich genau diesen Beruf lernen möchte.« Das ist neun Jahre her. Davor war er Kindersoldat. Mit nur 13 Jahren wurde Murhula Bashimbe von Rebellen verschleppt und zum Kämpfen gezwungen. So wie ihm damals geht es Tausenden von Kindern im Osten des Kongo. Viele unterschiedliche Milizen kämpfen dort seit Jahren um den Zugang zu wertvollen Rohstoffen wie Gold und Koltan, das unter anderem in der Mobilfunkindustrie gebraucht wird. Die meisten Milizen verüben grausame Verbrechen an der Bevölkerung. Für die schlimmsten Gewalttaten bedienen sie sich der Kinder. Denn die sind besonders gehorsam und besonders skrupellos. Über seine Erinnerungen an diese Zeit spricht Murhula Bashimbe nicht gerne. Während er sonst oft und offen lacht, wird sein Blick jetzt finster und hart. »Ich habe viel erlebt und vieles gemacht, was unaussprechlich ist. Der Krieg hat seine eigenen Gesetze.« Murhula Bashimbe unterwarf sich ihnen und machte mit beim Foltern, Vergewaltigen, Töten. In der Gitarrenwerkstatt hängen mehrere bunt lackierte Instrumente von der Decke: einfarbig rote, aber auch solche mit aufwendig schwarz-rot-gelb verlaufenden Mustern. Murhula Bashimbe hat alle Unebenheiten weggeschmirgelt und spannt die Gitarre nun ein, weil er eine Stelle geleimt hat. Dass er hier arbeitet, verdankt er Magadju Cibey, dem leitenden Psychologen des »Zentrums für professionelle und handwerkliche Ausbildung«, das 1982 von der Baptistischen Kirche Zentralafrika gegründet wurde. Mit Unterstützung von »Brot für die Welt« werden hier ehemalige Kindersoldaten, frühere Straßenkinder, HIV-positive Frauen, Überlebende sexueller Gewalt und ledige Mütter in einer von 19 Fertigkeiten ausgebildet - neben Gitarrenbau auch in Computerkenntnissen. Magadju Cibey lud vor rund neun Jahren etwa 250 ehemalige Kindersoldaten zu einer Führung durch die Werkstätten ein. »Viele haben ja nach etlichen Jahren im Busch gar keine Vorstellung mehr davon, was man im zivilen Leben so alles machen kann«, sagt der Psychologe. Murhula Bashimbe war damals 18 Jahre alt. Nach fast sechs Jahren als Kindersoldat war er gerade erst geflohen und hatte seine Waffe abgegeben. Im zivilen Leben fühlte er sich fremd und nutzlos. »Anfangs war der Umgang mit ihm ganz schwierig«, sagt Cibey. »Er war aggressiv und glaubte immer noch, er könnte alle anderen herumkommandieren.« Selbst manche Ausbilder hatten Angst vor dem Jugendlichen, genauso wie vor den übrigen ehemaligen Kindersoldaten. Die Geduld zahlte sich aber aus:

»Inzwischen ist er sehr umgänglich und hilfsbereit«, sagt der Psychologe. Murhula Bashimbe hat seine Entscheidung, Gitarrenbauer zu werden, nie bereut. Im zivilen Leben fühlt er sich mittlerweile heimisch und hat die blinde Wut verloren, die ihn direkt nach der Zeit bei den Rebellen häufig befiel. »Ich habe inzwischen sogar eine Frau und drei Kinder. Das hätte ich mir vor zehn Jahren noch nicht träumen lassen.« Bis nach Hause braucht er zu Fuß gut eine Stunde, denn die Millionen-Metropole Bukavu erstreckt sich am Ufer des Kivu-Sees und über die steilen Hänge der umliegenden Berge. Murhula Bashimbe wohnt mit seiner Familie ganz oben, dort, wo die Stadt wieder dörflich wird. Als er zu Hause ankommt, sitzt sein dreijähriger Sohn Samuel auf dem Boden vor der Lehmhütte in einer Waschschüssel. Der vierjährige Nicodem läuft dem Vater entgegen, nackig und ebenfalls zum Baden bereit. Mit dem Ältesten auf dem Arm geht Murhula Bashimbe zu seiner Frau in die Lehmhütte, in der er zwei Zimmer gemietet hat. Im Vorraum, der als Küche und Wohnzimmer dient, steht das Motorrad, das er sich vor einigen Monaten endlich kaufen konnte. Für den Weg in die Stadt nimmt er es nur selten - er scheut unnötige Ausgaben, und sei es für Benzin. Stattdessen kauft er lieber etwas mehr Essen für seine Familie. Er selbst brauche nur eine Mahlzeit am Tag, versichert er. »Ich bin nicht reich, aber von dem, was ich mit den Gitarren verdiene, kann ich mit meiner Familie leben.« Chantelle sitzt auf dem Bett und stillt ihren Jüngsten, drei Wochen ist Moïse gerade alt. Murhula Bashimbe guckt den beiden zu. Er genießt Momente wie diesen, fühlt sich im Leben angekommen. »Wenn das Ausbildungszentrum nicht wäre, wäre ich vielleicht immer noch bei einer der bewaffneten Gruppen«, sagt er in das schummrige Licht des kleinen Raumes hinein. »Ich bin glücklich, dass es anders gekommen ist.« *Von Bettina Rühl (epd)*

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 39\_2014 Seite \_48f

Hinweis: Thema Waffen in der Zeitschrift „fluter“ <http://www.fluter.de/de/138/thema/>

## **Thema #138: Waffen**

Zurzeit wird der Ruf nach ihnen wieder laut: Waffen. Wer eine in der Hand hält, kann sich als Herrscher über Leben und Tod fühlen. Wer auf der anderen Seite steht, erlebt die totale Ohnmacht. Scheinbar klare Verhältnisse. Kein Wunder, dass Waffen so umstritten sind, und doch immer wieder Hoffnungen auf eine schnelle Lösung mit ihnen verknüpft sind. Dabei machen sie oft alles noch viel komplizierter. Ob in Nahost oder in deutschen Wohnzimmern – viele Menschen sterben durch sie. Wie soll das funktionieren, ein vernünftiger Umgang mit Waffen? Zeit für einen Themenschwerpunkt.